



NEUTRALITÄT SCHÜTZEN Wie neutral ist Österreich wirklich?

GEORG J. PALM

Bundesparteiobmann
FBP Österreich



1955 wurde Österreich nicht nur wieder zu einem freien und unbesetzten Land, sondern auch zu einem, welches immerwährende Neutralität gelobte. Doch wie neutral ist unser Land in Wirklichkeit?

Der Artikel I & II des Bundesgesetzblattes Nr. 211 / 1955 besagt folgendes:

Artikel I.

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Bereits vor der Ukraine-Krise war und ist Österreich Teil von Nato Missionen und stellt bei solchen Missionen auch Material und Soldaten. Beispiel hierfür, sind Auslandseinsätze im Kosovo (KFOR) und in Bosnien (EUFOR), welche unter einem NATO Mandat stehen. Im Gegensatz zu UN Missionen, sind die Rechte klar in Richtung kriegerischer Auseinandersetzung ausgelegt und auch die Berechtigung zum scharfen Schuss hat eine deutlich niedrigere Schwelle.

Somit kann festgehalten werden, dass Österreich und die dafür verantwortlichen Bundesregierungen, schon seit Jahren gegen den Artikel I & II des Neutralitätsgesetzes verstoßen! Die aktuelle österreichische Bundesregierung geht mit ihrem Verfassungsbruch noch einen Schritt weiter und trägt die EU Sanktionen gegen Russland mit und genehmigt auch Waffentransporte, welche seit Monaten durch Österreich rollen. Panzer und sonstiges Kriegsmaterial, welches in der Ukraine eingesetzt wird, passiert unser Land – sieht so Neutralität aus? Nein im Gegenteil so sieht Beihilfe zur Kriegstreiberei aus!

Die FBP Österreich steht zur immerwährenden Neutralität, zu einer neutralen Haltung bei Konflikten und für eine Vermittlerrolle. Kriegstreibende Fraktionen in unserem Land können nur als verfassungsfeindlich bezeichnet werden, da sie zuwider der Verfassung handeln und somit uns und unser Land gefährden!

Zurück zu einer verfassungsmäßigen und gesetzeskonformen Politik in unserem Land – weg von der Lobbyistenpolitik der Alt- und Großparteien!

GRÜNER KLIMATERROR Eine Geschichte des Irrsinns

GEORG J. PALM

Der Wahnsinn greift um sich, wenn man die Schlagzeilen rund um die Grüne Klimaministerin Leonore Gewessler betrachtet, denn mit Hausverstand oder auch Sachverstand lässt sich nicht mehr erklären, was diese Dame in Umsetzung bringt. Die CO2 Steuer wurde der Bevölkerung und der Wirtschaft, als grüner Prügel zwischen die Füße geworfen, was einen weiteren Schritt in Richtung Klimadiktatur bedeutet. Der Klimabonus war ein weiteres Signal in welche Richtung wir uns bewegen, denn dieser war ein Symbol der Almosenpolitik und der Tropfen auf den heißen Stein der durch Gewessler & Co herbeigeführten Teuerung! Wichtige Infrastrukturprojekte müssen dem grünen Wahn dieser Partei weichen, die Menschen werden trotz Teuerung und Inflation mit Grünen Absurditäten belastet und der Steuerzahler finanziert das Grüne Klimadiktat, welches ungehemmt waltet und schaltet! Defacto haben die Grünen die ÖVP in der Hand und können daher unkontrolliert ihren Umbau zur Öko-Diktatur vorantreiben!

Auch die Entwicklung an unseren Grenzen wird durch die ÖVP billigend für den Machterhalt hingenommen und scheint das „Grüne Schweigegeld“ zu sein.



© Apa / Hans Klaus Techt



POLIZEI LÄUFT DAS PERSONAL WEG!

Prekäre Personalsituation bei der Polizei

BILD: Heute

MICHAEL LAMPERT
STV. BUNDESPARTEIOBMANNS
& SICHERHEITSSPRECHER VLBG.



Es gibt vielfältige Gründe dafür. Unter anderem wurden von der Politik, aber auch von der obersten Führungsebene im Innenministerium, die voraussehbaren Pensionierungen von Polizisten aus den „Babyboomer Jahren“ völlig ignoriert.

Weiters wurde auch eine total verfehlte Personalpolitik betreffend den weiblichen Beamtinnen betrieben und so werden zum Beispiel bei Karenzierungen, die freigewordenen Planstellen nicht entsprechend nachbesetzt - Nach Beendigung der Karenzzeit kehren die jungen Mütter üblicherweise als Teilzeitbeschäftigte zurück, was eine Stelle blockiert, jedoch im Dienst keine Erleichterung bringt. Der stetig höher werdende Frauenanteil wird so leider auch zur immer größer werdenden Belastung für die restliche Belgschaft.

Als weitere zusätzliche Belastung erwies sich die Coronazeit. Die Polizisten wurden von den Gesundheitsbehörden zu artfremden Tätigkeiten herangezogen. Während dem Lockdown wurden die Grenzen geschlossen und entsprechend auch von der Polizei kontrolliert. Lokalkontrollen und Kontrollen in Handelsgeschäften wurden angeordnet. Auch mussten die Absonderungsbescheide (teilweise auch abgelaufen!) zugestellt werden. Zweifelhaft dürfte in diesem Zusammenhang auch die Zulässigkeit dieser Tätigkeiten sein, da Testergebnisse, Impfausweise und Absonderungsbescheide Gesundheitsakte darstellen und somit einem Höchstgrad an Datenschutz unterliegen!

Die Beamten wurden regelrecht zur Impfungen gedrängt, nahezu genötigt, die Maskenpflicht bestand auf den Dienststellen und in den Streifenwagen, auch wenn aktuelle Genesungen und negative Testungen vorlagen. Dies führte ebenfalls zu einer Mehrbelastung

Wichtig zu erwähnen ist auch, dass der damalige Innenminister und jetzige Bundeskanzler Nehammer immer wieder bei seinen öffentlichen Auftritten den „großen Dank“ an die Beamtenschaft verkündete. Von den versprochenen Belohnungen sahen die „kleinen Beamten“ leider nichts. Vermutlich versanken die Gelder in den oberen Etagen des BMI. Diese hochdotierten Beamten standen ja sicherlich immer an der Coronafrent und riskierten dabei ihre Gesundheit.

Zusätzlich zu der eklatanten Personalsituation muss festgehalten werden, dass die Verwaltungsarbeiten der Polizisten stetig zunehmen. Schätzungen zufolge dürfte die derzeitige Zeitaufwendung für Bildschirmarbeiten eines jeden Polizisten bei ca 70 % liegen.

Zur Gesamtsituation kommt noch, dass ein Polizist defacto eine 47-Stunden-Woche zu leisten hat, zuzüglich von angeordneten Überstunden weiters sind spontane Überstunden zu leisten. Somit leistet jeder Polizist monatlich ca 220 Arbeitsstunden. Dies auch an Wochenenden, in der Nacht, an Sonn- und Feiertagen.

Beispielsweise gab es im laufenden Jahr bereits rund 60 Austritte bei der Vorarlberger Polizei. Wenn man sich mit jungen Beamten unterhält, geben alle zu, dass sie sich den Polizeiberuf anders vorgestellt haben. Die Rekrutierungsoffensive vermittelt wunderschöne Bilder und verspricht tolle Berufsperspektiven. Nur ein marginaler Anteil der Polizisten bekommt die Möglichkeit zur Ausbildung eines Piloten, als Cobra-Beamter, Motorradfahrer, Spurensicherer usw – Die Realität ist aber geprägt von vielen Negativaspekten, welche auch ins Privatleben der Beamten einfließen.

Die Realität zeigt, dass der Traumberuf Polizist längst nur noch ein Traum ist. Bei den unmöglichen Arbeitsbedingungen wird es schwer sein jungen Menschen für diesen Beruf zu begeistern und auch zu halten!

IHR GUTES RECHT

Die juristische Hilfe der FBP Österreich f. Mitglieder

Für alle Mitglieder der FBP Österreich stellen wir eine rechtliche Beratung zur Verfügung. Gerade in der Coronazeit hat sich gezeigt, wie willkürlich Behörden arbeiten und die Exekutive handelt. Wir als demokratische Partei, welche für die Rechtsstaatlichkeit steht und eintritt, stellen jedem Mitglied diesen Service kostenlos zur Verfügung oder können ihnen Kontakte zu Anwälten herstellen

So einfach geht's :

1. Mail an: klage@freiebuergerpartei.at
 - Dokumente anhängen
 - Kontaktdaten angeben
 - Antwort kommt so schnell, wie möglich





DAS SYSTEM WALLNER

ÖVP Vorarlberg verweigert Akten an U-Ausschuss auszuhändigen!

Bild: ORF VORARLBERG

PALM GEORG

LANDESPARTEIOBMANN VLBG
BUNDESPARTEIOBMANN



Nach mehrwöchigem „Krankenstand“ kehrte Landeshauptmann Wallner in Amt und Würden zurück. Ob viel Würde an seiner Vorgehensweise vorhanden ist, stellen wir jedoch in Frage, denn auch nach mehrwöchiger Bedenkzeit spürt man keinen Funken von Einsicht oder dem Willen zur Aufklärung beizutragen!

Das sich Parteien finanzieren müssen ist uns als Partei wohl bestens bekannt, jedoch ist dies immer eine Frage des WIE finden diese Finanzierungen statt! Transparenz muss als oberstes Gebot gelten, denn das wird von Parteien erwartet – Transparenz und Ehrlichkeit. Weiters ist es ein No-Go, dass im Fall der Wirtschaftsbund-Affaire Spenden (getarnt als Inserate) für „behördliche Besserbehandlung“ lukriert worden seien.

Dies würde auch den Straftatbestand lt. § 302 StGB „Missbrauch der Amtsgewalt“ erfüllen und MUSS gegebenenfalls hart bestraft werden, als auch kompromisslos verfolgt werden!

Kaum ist Wallner wieder zurück im Amt, beginnt die Türkise/Schwarze Schmierenkommödie wieder von vorne und erreicht am 04.10.2022 ihren vorläufigen Höhepunkt, in dem Wallner und die komplette Vorarlberger Landesregierung, die Aushändigung von Akten, an den parlamentarischen U-Ausschuss verweigern. Nun muss sich der Verfassungsgerichtshof mit diesem Sachverhalt auseinandersetzen und darüber urteilen, ob die Akten an den U-Ausschuss ausgehändigt werden müssen.

Ist diese Vorgehensweise jene, welche Wallner versprochen hat – Transparent und man würde alles dafür tun Klarheit in die Causa zu bringen? Wir sehen keinerlei Bemühungen oder Handlungen, welche auch nur ansatzweise darauf schließen lassen könnten, dass Wallner & Co zur Aufklärung beitragen wollen – ganz im Gegenteil es wird versucht auf Zeit zu spielen oder gänzlich einer Aufklärung

entgegenzuwirken. Was noch hinzukommt ist, dass nun auch die Grünen dieses Spiel von Tarnen und Täuschen mitspielen und machen sich somit zum wiederholten Male mitschuldig! Wer alles für den Machterhalt tut, wie die Grünen in diesem Fall, machen sich durch diese Machtgier zu politischen Prostituierten der ÖVP und von Wallner!

Von der ÖVP sind wir solche Vorgehensweisen bereits gewohnt, doch die Grüne Saubermanntruppe, welche in den vergangenen Wahlkämpfen als Kontrollpartei aufgetreten ist, hat ihre Ziele verraten und wir denken die Grüne Basis wird intern die Rechnung für diese Gangart präsentieren. Eine Kontrollpartei sind die Grünen weder auf Bundes- noch auf Landesebene, eher willige Mittäter, welche vorlauter Machtgier ihre Ideale vergessen haben.

Die Kaltschnäuzigkeit des Landeshauptmannes Wallner sucht ihres gleichen, denn die einzig richtige Lösung wäre ein Rücktritt ohne wenn und aber gewesen. Hätte dieser stattgefunden, hätte man noch einen Funken Anstand erkennen können, jedoch besteht die Hoffnung Anstand in der ÖVP zu finden schon lange nicht mehr! Nicht nur Wallner war und ist Akteur in der Causa Wirtschaftsbund Vorarlberg, sondern auch andere namhafte ÖVP Funktionäre, welche teils auch im Landtag Mandate halten. Wie solche Vorwürfe und laufende Ermittlungen gegen diese Riege mit Ämtern zusammenpassen, fragen wir uns wirklich.

Die Causa Wirtschaftsbund Vorarlberg wird nicht nur die Justiz und die Gerichte noch lange beschäftigen, sondern es sollte auch die Bevölkerung beschäftigen und wachrütteln, da es gilt nie mehr der ÖVP Macht in die Hände zu geben. Wallner und die ÖVP-Grüne Landesregierung können als Spiegelbild der Bundesregierung gesehen werden, welche wie Wallner in Gutsherrenmanier unser Land ausbeutet und die Menschen als Leibeigene ansieht. Wir hoffen, dass die Justiz weisungsfrei ihrer Ermittlerrolle nachkommen kann und diese Causa lückenlos aufgedeckt wird!



IHRE SPENDE BEWEGT ÖSTERREICH!

DIE FBP ÖSTERREICH FINANZIERT SICH AUSSCHLIESSLICH DURCH SPENDEN UND MITGLIEDSBEITRÄGE, WELCHE TRANSPARENT IN EINER BUCHHALTUNG GEFÜHRT WERDEN WELCHE INTERN, ALS AUCH EXTERN GEPRÜFT WIRD – TRANSPARENZ & EHRlichkeit IST UNSER ANSPRUCH.

IHRE SPENDE HILFT UNS DABEI FÜR UNSER ÖSTERREICH UND DIE MENSCHEN ZU WIRKEN – DANKE!

**IHRE SPENDE IST
STEUERLICH
ABSETZBAR**

FREIE BÜRGERPARTEI ÖSTERREICH

IBAN: AT27 3742 2000 0783 2785

BIC: RVVGAT2B422



WAHLEN IN TIROL – WAHRE OPPOSITION FEHLT WEITERHIN

Verändert hat sich lediglich die Mandatsverteilung

BENJAMIN KRANZL

LANDESPARTEIOMANN
FBP TIROL



Vor kurzem fand in Tirol die Landtagswahl statt. Beide Regierungsparteien, ÖVP & Grüne verloren Prozente. Damit einher geht der Verlust von vier Mandaten, wobei die ÖVP drei und die Grünen den Verlust von einem Mandat verkraften mussten.

SPÖ und Liste Fritz gewannen je ein Mandat hinzu, die FPÖ konnte ein Plus von zwei Mandaten verzeichnen. Die bisher regierende Koalition aus ÖVP und Grünen verlor aufgrund dessen ihre Mehrheit. Aktuell ist eine Koalition aus ÖVP und SPÖ die wahrscheinlichste Variante. Vor allem weil sowohl der designierte ÖVP-Landeshauptmann Mattle als ideen- und visionslos gilt.

Als auch weil den ideologielose Genosse Dornauer nur persönliche Ambitionen hegt. Ein Vorankommen des Landes Tirols, ist für beide nicht von Belangen.

Für die ÖVP zählt nur der Machterhalt und die SPÖ wird als billiges Beiwagerl Teil der Koalition werden. Inhaltliche Differenzen gibt es nur bei der Aufteilung von Versorgungsposten.

Einmal mehr zeigt sich, dass es eine weitere Partei im politischen Spektrum benötigt die solche Mehrheitsverhältnisse verunmöglicht und als starke Opposition konsequente Politik für die Menschen in unserem Land macht.

Leider war es der FBP Tirol nicht möglich bei dieser Landtagswahl zu kandidieren, der Grund hierfür waren personelle Probleme, da im vergangenen Jahr einige Funktionäre durch finanzielle „Goody“ und Postenangebote ihre Chance bei der MFG sahen.

Aktuell wird dieser Schritt von damals mit Sicherheit bereut, da sich die MFG als Links- und Migrationspartei geoutet hat und ein Austritt dem nächsten folgt. Wir bleiben unserem Credo treu, dass ein solider und starker Aufbau der Basis, das Erfolgskonzept von morgen sein wird. Weiters waren, sind und bleiben wir eine konsequente patriotisch-bürgerliche Kraft, welche ihre Grundsätze und ihre Ideologie nicht und um nichts hergibt.

Gerade in Tirol ist es wichtig, ein stabiles patriotisches Bollwerk gegen die Altparteien anzubieten, welches ein Garant ist, dass Tiroler Traditionen, Werte und die Lebensart nicht verloren geht und geschützt wird. Diesen Aufbau treiben wir vehement voran und jeder ist herzlich dazu eingeladen, Teil der FBP Tirol zu sein!

DIE SOCIAL MEDIA KANÄLE DER FBP

Die social Media Kanäle werden immer wichtiger und auch die FBP Österreich nutzt die Möglichkeiten der sozialen Medien umfangreich

Wir möchten sie über die Informationsmöglichkeiten der FBP Österreich informieren, damit sie schnell und unkompliziert zu wichtigen Informationen rund um die aktuelle Tagespolitik und unsere Arbeit kommen.



<https://www.facebook.com/fbpoesterreich>



www.freiebuengerpartei.at



https://t.me/fbp_oe





GRAZER AUWIESEN – NAHERHOLUNG FEHLANZEIGE!

Paradies versinkt im Müll, Chaos und Kriminalität

FBP GRAZ



Die Liebenauer Auwiesen galten immer als Naherholungsgebiet, in dem Entspannung, Naturschönheit, Spaß und Erholung gewährleistet war. Die Betonung liegt leider auf dem Wort WAR, denn die Situation an diesem Ort wird immer verheerender.

Die Liebenauer Auwiesen versinken im Müll und anstatt die Konsequenzen zu ziehen, sehen die Verantwortlichen der Stadt Graz tatenlos zu, wie sich dieses Naturparadies immer mehr zur Müllkippe entwickelt, wo zwielichtige Gestalten ihr Unwesen treiben, was die Auwiesen auch zu einem kriminellen Brennpunkt gemacht haben. Die Tatsache, dass jedermann völlig unkontrolliert schalten und walten kann, führt dazu, dass an jeder Ecke Feuerstellen entstehen, welche durch Holz befeuert werden, welches durch die Stadt Graz finanziert wird. Wie kommt der Steuerzahler dazu, die Grillfreuden überwiegend fremdländischer Clans zu finanzieren?

Auch die Tatsache, dass immer vermehrter kriminelle Übergriffe und Handlungen in den Auwiesen stattfinden, zeugt von der ernsten Lage, welche durch ein Wegsehen der Stadtregierung und der Politik im Gesamten geschaffen wurde.

Nimmt man sich einmal die Zeit und besucht die Auwiesen, so erkennt man schnell, dass an diesem Fleckchen Erde Österreicher in der Minderheit sind und Migranten und Asylsuchende den wesentlichen Hauptteil der Besucher ausmachen. Leider ist bei dieser Personengruppe, das Umweltverständnis oder die Rücksichtnahme auf Mensch und Natur ein Fremdwort!

Kriminelle Vorfälle gehören in den Liebenauer Auwiesen zu Alltag und selbst die Polizei hat die Auwiesen zu einem sogenannten „No-Go-Area“ ernannt (inoffiziell), was im Klartext bedeutet, dass die Polizei nur im äußersten Notfall einschreitet und das Areal ansonsten nahezu ohne Kontrollen, den ausländischen und kriminellen Banden überlassen wird.

Als Frau und alleine ist von einem Besuch der Auwiesen dringlich abzuraten, da nicht garantiert werden kann, ob Übergriffe stattfinden oder man einer sonstigen Straftat zum Opfer fällt.

In Summe muss der Stadtregierung und den Behörden ein Komplettversagen attestiert werden, welches in dieser Form nicht hingenommen werden kann! Die Grazer und die Steirer haben es verdient Gebiete vorzufinden, wo man sich sorgenfrei erholen kann und nicht vorab den Müll des Vorgängers entsorgen muss.

Auch das Thema Sicherheit und der Umgang mit kriminellen Migrantenbanden muss offen diskutiert und eine Lösung gefunden werden, da die Bevölkerung Sicherheit mit Sicherheit verdient hat! Nicht nur die Auwiesen betrifft diese Thematik, sondern auch viele andere Parks und Naherholungsorte in Graz, der Grazer Umgebung und in der Steiermark!

DEIN TYP IST GEFRAGT!

Dein Herz schlägt für Österreich?

Du willst aktiv gestalten und willst nicht mehr länger dabei zusehen, wie die Altparteien unser Land zu Grunde richten?

Du bist politisch interessiert?

Ja? Dann nutze die Gelegenheit und werde Mitglied und/oder Funktionär/in in der FREIE Bürgerpartei Österreich!

Es erwartet dich ein tolles Team aus glühenden Patrioten, welche in 9 Landesverbänden in ganz Österreich für unser Land und die Bevölkerung wirken.

Werde Teil von uns:

<https://www.freiebuengerpartei.at/mitglied-werden/>

FBP

DEIN TYP IST GEFRAGT!

DEIN HERZ SCHLÄGT FÜR ÖSTERREICH?

DU WILLST AKTIV GESTALTEN?

POLITISCH INTERESSIERT?

www.freiebuengerpartei.at

JETZT MITGLIED WERDEN!



ZU TODE VERGEWALTIGT! Prozessauftritt im Mordfall Leonie

Mordfall Leonie: Sinnbild für die frauenfeindliche Islamisierung, welche durch ÖVP und Grüne gefördert wird (Bild: APA)

FBP ÖSTERREICH



Kaum ein Fall hat die Menschen mehr schockiert, wie der grausame Mord an Leonie, der 2021 durch Afghanen begangen wurde (es gilt die Unschuldsvermutung). Am 26.09.2022 startete der Prozess gegen 3 Afghanen und es kamen weiterer schreckliche Details ans Tagelicht. Die Tat soll sogar gefilmt worden sein und somit wurde der Tod eines 13 jährigen Mädchens und die Gruppenvergewaltigung dokumentiert.

Das zu Tode vergewaltigte Mädchen, welches zuvor eine Überdosis an Drogen eingeflößt bekommen hat, wurde dann wie Müll entsorgt und in einer Grünfläche unweit des Tatortes abgelegt

**„Österreich wurde zum
Schlaraffenland für islamistische
Kriminelle mit einer steinzeitlichen
Weltanschauung – Wir fordern
härteste Bestrafungen für Täter,
wie im Fall Leonie, ein Ende des
Migrationswahnsinns und den
Ausbau unserer Grenzen, zu
Bollwerken, an denen die
Flüchtlingswellen brechen!“
(Georg Palm, Bundesparteiobmann FBP)**

Die Tatsache, dass sich diese illegalen Migranten trotz begangener Straftaten frei in Österreich bewegen konnten, macht das Justizministerium, als auch dessen Ministerin Alma Zadic zur Mittäterin, da durch ihr Versagen oder Wegsehen, das Blut von Leonie auch an ihren Händen klebt!

„Die scheiss Christin hat das ja nicht anders verdient!“ – dies ist ein Originalzitat eines Angeklagten, aus den Ermittlungsakten im Fall Leonie und zeugt welches Weltbild diese islamischen Straftäter in unser Land importieren. Fälle wie Leonie's werden sich in Zukunft häufen, denn der „Islam-Import“ findet täglich und unkontrolliert statt. Sexuelle Übergriffe und Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen häufen sich stetig mehr und es scheint keine politische Instanz zu interessieren!

Es entsteht der blanke Zorn, wenn man diese Fakten hört und es bestätigt auch die Haltung der FBP Österreich im Bezug auf die ungezügelt Migration, welche seit 2015 stattfindet. Auch die Peiniger der 13 jährigen Leonie kamen als Flüchtlinge in unser Land, missachteten die Gesetze und hätten eigentlich wegen vorherigen Straftaten abgeschoben werden müssen – eigentlich, denn Flüchtlinge und kriminelle Ausländer haben in Österreich anscheinend Narrenfreiheit und genießen den Schutz der links-korrupten Bundesregierung. Vordergründig ist ein schweres Versagen des Justizministeriums zu erkennen, da dieses weder die Schubhaft verhängt hat, noch Anklage erhoben und Haft über diese Straftäter verhängt hat.

Österreich muss Weltmeister in der Rückführung von Flüchtlingen werden und nicht das Asylheim Europas! Gesten wie der Klimabonus für Jedermann, sind Lockmittel für Flüchtlinge und eine Frechheit für den Steuerzahler! Während Pensionisten nicht den vollen Klimabonus erhalten haben, wurden € 500 an die Vergewaltiger und Mörder Leonie's überwiesen! Dieser Akt ist an Perversion nicht zu überbieten und zeigt, wie verkommen das Denken dieser Regierung und vorallem der Grünen Linkspartei ist! Wir sind in Gedanken bei der Familie, welche mit einer unheimlichen Last und einem tiefen Schmerz leben muss. Es muss Schluss sein mit diesem Migrationswahnsin, der uns lediglich Leid und Probleme bringt.



ES GEHT SCHON WIEDER LOS!

Coronateror 3.0

DUNJA GERBIS

Landesparteisekretärin VlbG.



Wer dachte, dass die Maßnahmen und Schikanen gegen die Bevölkerung ein Ende hatten, der findet sich jetzt auf dem Boden der Tatsachen wieder. Wie in den vergangenen Jahren, ist auch der heurige Herbst, der Startschuss für eine weitere Runde Coronateror und wie auch in der Vergangenheit, wird bei den Kindern begonnen.

MASSNAHMEN WERDEN DURCH SCHULLEITUNGEN ANGEORDNET!

Es klingt wie ein schlechter Scherz, jedoch entspricht es der „normalen“ Gangart in unserem Land, dass nicht mehr Behörden Anordnungen ausgeben, sondern Personal. Bei Schule können Schulleitungen eigenständig, wenn ein Infektionsgeschehen vorliegt, Maßnahmen im Ausmaß von Maximal 2 Wochen anordnen. Dies bedeutet im Klartext, dass Maskenpflicht, Testzwang und Schulausschlüsse, wieder zum Schulalltag gehören werden und dies mancherorts bereits schon wieder der Alltag ist!

Die Leidtragenden sind wieder Kinder und Eltern, welche sich gegen die Testungen und sämtliche Maßnahmen aussprechen, da im Falle eines Infektionsgeschehens, es genau diese sind, welche die Unrechtskonsequenzen erleiden müssen!

Bedenklich ist für uns, dass hierbei Schulleiter Dinge anordnen, welche ansich rein durch Behörden legitimiert wären. Ein weiteres schockierendes Detail ist, dass es bei der Anordnung nicht darum geht, wieviele Infektionen an einer Schule sind, sondern es muss lediglich ein „Infektionsgeschehen“ vorliegen, dabei ist es gleichgültig ob es sich um 1 Ifektion oder 100 handelt – die Schulleitung ist rein zur Meldung an die Landesbildungsdirektion verpflichtet.

Es muss endgültig Schluss sein mit dem Terror gegen unsere Kinder und die Bevölkerung – Es gab zu keinem Zeitpunkt eine pandemische Lage in unserem Land, welche auch nur eine Maßnahme gerechtfertigt hätte! Die FBP Vorarlberg hat zu dieser Thematik eine außerparlamentarische Anfrage an die zuständige Landesstatthalterin und die Landesbildungsdirektion gestellt. (Siehe Bilder rechts)



Die außerparlamentarische Anfrage der FBP Vorarlberg beinhaltet auch die Haftung im Schadensfall, nachdem bekannt wurde, dass das Reagenz, welches bei Antigen-Schnelltests verwendet wird, hoch toxische Inhalte aufweist.



Bild: © Gerald Grosz

EIN KANDIDAT DER PATRIOTEN

Die Wahlempfehlung der FBP Österreich heißt
GERALD GROSZ

FBP ÖSTERREICH



Er war ein langer Weggefährte von Dr. Jörg Haider. Er gründete mit Dr. Haider das BZÖ als klar wurde, dass von der Freiheitlichkeit in der FPÖ, lediglich noch das Wort im Parteinamen übriggeblieben ist. Er war bis zum Tode Dr. Haiders eine Gallionsfigur und einer der Macher im BZÖ.

Für uns ist Gerald Grosz jener Kandidat, welcher seiner Linie stets treu geblieben ist und nie den altfreiheitlichen Weg verlassen hat. Auch während der Coronazeit war Gerald Grosz jener, der die unzähligen Verfehlungen und Gesetzeswidrigkeiten dieser Bundesregierung aufzeigte und öffentlich anprangert hat.

Gerald Grosz wies stets auf das Recht der Selbstbestimmung hin und sprach sich öffentlich und stets gegen das Coronaregime aus.

Dies macht Gerald Grosz im Vergleich zu seinen Gegenkandidaten glaubhaft und wer ihn kennt weiß wie bodenständig und bürgernah Gerald Grosz ist. Diese Merkmale unterscheiden Gerald Grosz beispielsweise sehr zu seinem FPÖ Gegenüber Rosenkranz, welcher 2,5 Jahre zu allem und jedem geschwiegen hat und nun mit Freiheit wirbt. Rosenkranz wäre als Volksanwalt verpflichtet gewesen, sich für das Volk einzusetzen, doch dies geschah nie. Mit Freiheitlichkeit haben die Freiheitlichen erwiesenermaßen schon lange nichts mehr zu tun und Rosenkranz ist der wandelnde Beweis für die Heuchelei dieser Partei.

„Meine Stimme erhält nur ein
wahrer Patriot, deshalb wähle ich
am 09.10.2022
GERALD GROSZ!“

Georg J. Palm
Bundesparteiobmann
FBP ÖSTERREICH

Die FBP Österreich als Bewegung, welche im altfreiheitlichen Geist handelt und deren Ideologie konsequent patriotisch ausgerichtet ist, hat ihren Kandidaten erkoren – GERALD GROSZ!

Wir sprechen für Herrn Grosz gerne und aus tiefster Überzeugung unsere Wahlempfehlung aus und erinnern mit dieser Wahlempfehlung auch an den Freiheitlichen Geiste, welchen uns Dr. Jörg Haider vorlebte und welcher hoffentlich bald in die Hofburg einzieht!

Nehmt von eurem Wahlrecht Gebrauch – jede Stimme zählt!



GERALD GROSZ
WÄHLEN...

...UND EINE UNABHÄNGIGE
KANDIDATUR FÜR ALLE
ÖSTERREICHER GARANTIEREN.



LEBT JUSTITIA NOCH?

Ein Bericht über die österreichische Justiz, die Rechtsstaatlichkeit und unsere Demokratie

RUDI LÄNGLE

Stv. Landesparteiobmann VlbG. & Justizsprecher FBP Vorarlberg



Wir alle wissen noch zu genau, wie Kritiker der Regierungspolitik und Impfskeptiker während der sogenannten "Pandemie" von den Ministern diffamiert und aufs Übelste beschimpft wurden. Von unsozialen Mitgliedern der Gesellschaft wurde gesprochen. In Bausch und Bogen wurden wir ins rechtsradikale Eck gestellt und die Medien übernahmen willfährig, weil hochbezahlt, von der Regierung diese Beschimpfungen und betrieben Hofberichterstattung. Sie haben damit die Bewährungsprobe in Krisenzeiten objektiv zu berichten nicht bestanden wie in der Nazizeit eben auch nicht.

Die Regierung hat wissentlich verfassungswidrige Gesetze und Verordnungen erlassen, die mit hohen Geldstrafen geahndet wurden, wie in der Nazizeit eben auch. Sie haben dem Denunziantentum Tür und Tor geöffnet, wie in der Nazizeit eben auch. Sie haben ihre Kritiker unter Hausarrest gestellt wie in der Nazizeit eben auch.

Sie haben Betriebe zugesperrt und tausende Existenzen ruiniert, wie in der Nazizeit eben auch. Sie haben "unfolgsames" Personal entlassen und gekündigt, wie in der Nazizeit eben auch. Sie haben die Bevölkerung in Todesangst und Panik versetzt, wie in der Nazizeit eben auch. Sie haben internationale Verträge wie den Nürnberger Kodex und die Menschenrechte nicht eingehalten. Sie haben sich für ihre Propaganda die Medien gekauft, wie in der Nazizeit auch. Sie haben Menschen isoliert und allein sterben lassen, wie in der Nazizeit eben auch.

Nur durch den zahlreichen, demonstrativen Widerstand von mutigen Bürgern konnte das Schlimmste, das Abdriften in eine Parteiendiktatur verhindert werden.

Ziel der FBP Österreich wird es sein, ein Demokratiegelsetz auszuarbeiten, damit in Zukunft jeder Abgeordnete und jeder Regierungspolitiker zur vollen zivil- und strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden kann. Es darf nicht länger möglich sein, dass Willkür und Korruption in den obersten Politikerfunktionen, als Kavaliersdelikt angesehen und behandelt wird.

Weiters fordert die FBP Österreich künftig eine Reformierung des Justizsystemes in Österreich, da genau die Weisungsbindung der Staatsanwaltschaften und von ermittelnden Behörden immer wieder zu Vertuschungsaktionen führt.

NAZIMETHODEN haben in einer modernen DEMOKRATIE absolut nichts verloren. Das sind wir uns selber und unseren nachfolgenden Generationen schuldig!

Es ist völlig absurd, dass man ausgerechnet uns, die wir diese Nazimethoden bekämpfen, als Rechtsextremisten und Nazis von Regierungspolitikern und den Mainstreammedien verleumdet werden.

Dümmer und unverschämter geht es nicht mehr!

Hoch lebe die Verfassung!

Hoch lebe unser Österreich!

FBP STEIERMARK HERBSTFEST

Unter dem Motto „Die FBP Steiermark läutet den Herbst ein!“ findet am 25.10.2022 das Herbstfest der FBP Steiermark statt.

GASTHAUS ZUR TRAUBE

25.10.2022 / ab 17:00 UHR





TEUERUNG & INFLATION

Das Werk der österreichischen Bundesregierung und einer EU Politik der Globalisten

FBP ÖSTERREICH



Österreich erlebt gerade die größte Inflation und Teuerungswelle seit 50 Jahren, bald könnte man von Nachkriegszuständen sprechen, da diese Teuerung nicht nur private Existenzen zerstört, sondern auch die Wirtschaft schwächt und zerstört.

Die Teuerung ist das Resultat aus mehreren Faktoren, welche wir ihne auszeigen wollen. Einerseits wurde diese rapide Teuerung durch die EU Misspolitik und den Sanktionen gegen Russland hervorgerufen. Die Aussagen von vielen Politikern, dass die Sanktionen wirken würden, kann als eiskalte Lüge entlarvt werden. Während Gewessler dem österreichischen Volk den Kauf von Decken nahelegt und auch ansonsten nicht gewiss ist, ob wir heuer einen frostigen Winter (in den Wohstätten) erleben werden, fährt die russische Gazprom Rekordgewinne in der Höhe von € 41 Milliarden ein. Russland ist zudem ein Land, welches selbst reich an Bodenschätzen und Rohstoffen ist, was defacto die Sanktionen wirkungslos werden lässt. Ja die Sanktionen wirken, jedoch nicht gegen Russland, sondern gegen uns selbst.

Die Teuerung hätte jedoch längst eingedämmt und aufgehalten werden können, wenn die Bundesregierung nur gewollt hätte! Alleine bei Treibstoffen wäre ein breites Handlungsspektrum vorhanden, da man die Motorölsteuer und die Mehrwertsteuer einfrieren könnte, bis sich die Situation entschärft hat. Selbiges gilt auch für Brennstoffe und Lebensmittel, wo eine Senkung oder zeitlich begrenzte Aussetzung der Steuer machbar und sinnvoll wäre!

So denken wir, die FBP, eine Partei des Volkes – Die ÖVP-Grüne Bundesregierung knüpelt jedoch in der jetzigen Situation lieber noch mehr auf das ohnehin geschundene Volk ein und setzt Termingerechtheit die völlig absurde und einer grünen Perversion entsprungene CO2 Steuer ein. Somit ergibt sich bei Benzin eine Preissteigerung um 8 Cent je Liter und 9 Cent je Liter Diesel – dies zusätzlich zu den ohnehin abnormal hohen Spritpreisen, welche wir dank den EU Sanktionen ertragen müssen!

Zum Versagen der Bundesregierung kommt noch erschwerend die Staatsverschuldung hinzu, welche unsere Kreditfähigkeit und das sogenannte „Rating“

deutlich verschlechtert und den Wirtschaftsstandort Österreich vehement schwächt.

Die CO2 Besteuerung hat auch auf den Alltag weitreichende Auswirkungen, denn die Mehrkosten für Transporte und Treibstoff, schlagen sich in erhöhten Preisen nieder. Grundsätzlich kann eine 4 Köpfige Durchschnittsfamilie mit 1 KFZ monatlich € 300 - € 400 mehr berappen, als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres.

Das Leben in Österreich wird somit immer teurer und durch normale Löhne, wie sie der Mittelstand erwirtschaftet nicht mehr leistbar. Die Politik ignoriert bewusst diese Tatsachen, da sie selbst Schöpfer dieser Teuerung und Inflation sind und nur ein Ziel haben Machterhalt, komme was wolle.

Dem Niedergang unseres Landes kann nur durch eine Absetzung dieser Unrechtsregierung entgegengewirkt werden. Solange Nehammer, Gewessler & Co am Ruder sind, wird unser Land täglich mehr verarmen und der Mittelstand auf Dauer verschwinden!

Inflation in Österreich

Veränderung im Jahresabstand in Prozent

